

# PLENUM AKTUELL

19. Wahlperiode – Zeitraum 11.10.2015 - 24.03.2017

## Tätigkeitsbericht

**Norbert Schmitt**



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
Liebe Genossinnen und Genossen,

in Fortsetzung meines **Tätigkeitsberichtes** vom 10.10.2015 möchte ich hiermit einen weiteren Bericht über meine Tätigkeit als Landtagsabgeordneter vorlegen.

### **Schwarz - grün schwimmt im Geld - aber trocknet weiterhin Investitionen aus**

#### **Die Bilanz der schwarz-grünen Landesregierung bleibt weiterhin enttäuschend.**

Obwohl das Land im Geld schwimmt, was nicht eigenes Verdienst ist, sondern Ergebnis guter Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der SPD-geführten Bundesministerien ist, bleiben zentrale Bereiche unterfinanziert.

So sind Investitionen des Landes, z.B. im Straßenbaubereich völlig unzureichend und auf tiefen Niveau. **Die Kommunen werden hinsichtlich ihres notwendigen Finanzierungsbedarfes für Investitionen (z.B. Schulen, Kommunalstraßen, Sportanlagen und Schwimmbäder) alleine gelassen.** Das Investitionsvolumen der hessischen Kommunen ist unter dem Stand der 90iger Jahre (sogar nominal!).

Hinzu kommt, dass diese Landesregierung wenig ambitionierte Ziele hat.

**Gerade in der Bildungspolitik enttäuscht die Landesregierung.** Dort sind keine Fortschritte erkennbar. Wie kaum in einem anderen Bundesland wird gegen die Chancengleichheit verstoßen, echte Ganztagschulen sind die große Ausnahme. Im Bereich der Inklusion gehört Hessen zu den schlechtesten Ländern. Dass die Schulsozialarbeit massiv gekürzt wird, ist völlig inakzeptabel. Der aktuelle Hilferuf von Eltern, zahlreichen Grundschullehrern, Schulleiter und Schulaufsicht in Hessen zeigt die große Unzufriedenheit. Die ausgeweiteten Aufgaben seien nicht mehr verantwortlich zu bewältigen, heißt es z.B. in der "Frankfurter Erklärung". "Der Bildungs- und Erziehungsauftrag haben Verfassungsrang" und dürften nicht unter dem Blickwinkel der Ressourceneinsparung gesehen werden. Die Verbände fordern eine "umfassende und schonungslose Bestandsaufnahme" der Aufgaben von Schulleitungen und Schulaufsicht. So sollten "die unverzichtbaren Kernaufgaben" identifiziert und mit "einem verbindlichen zeitlichen Rahmen versehen" werden. Denn für Aufgaben wie Inklusion, Konfliktmanagement, Unterrichts-, Personal- und Qualitätsentwicklung, gebe es keinerlei Ressourcen. Dem ist aus meiner Sicht nicht hinzuzufügen.

**Die Polizei ist an den Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit.** Überstunden und hohe Krankheitsstände machen den Missstand deutlich.

**Insgesamt bleibt festzustellen, dass eigentlich die CDU nur ihren Regierungspartner ausgewechselt hat. Die alte CDU-Politik geht weiter. Die Grünen haben die FDP nur ersetzt und kaum neue Akzent gesetzt und verstehen ihren Regierungsauftrag lediglich dahingehend ein verträglicher Regierungspartner zu sein. Soviel Unterwürfigkeit, Uninspiriertheit und Angepasstheit sind einer grünen Partei unwürdig.**

## Funktionen:

### Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher

**Ich habe wiederum die Funktion des finanz- und haushaltspolitischen Sprechers übernommen, zudem bearbeite ich weiter die Fragen der Atompolitik im Umweltausschuss. Zusätzlich war ich im Berichtszeitraum Obmann im Untersuchungsausschuss zur Affäre um die rechtswidrige vorläufige Stilllegung der Atomkraftwerke in Biblis. Zudem bin ich Sprecher der SPD-Fraktion in der Enquetekommission zur Änderung der hessischen Verfassung.**

Als **Sprecher im Haushaltsausschuss** befasse ich mich u.a. mit den Haushalts- und Finanzplänen, den Kommunalen Finanzen und der Steuerpolitik.

Der in den Jahren 2016 und 2017 jeweils eingebrachte Haushalt dokumentiert die schwachen politischen Ambitionen der Landesregierung. Zentrale Felder bleiben weiter unterfinanziert.

Die Mittel für den Straßenbau (und natürlich die Straßensanierung) sind völlig unzureichend. Der mittelfristige Bedarf beträgt 2 Milliarden Euro, jährlich stellt die Landesregierung aber lediglich etwas mehr als 100 Millionen bereit! Die Beamten wurden mit Nullrunden und der 1- Prozent-Erhöhung im Jahre 2016 unfair behandelt. Die für dieses Jahr angekündigte (teilweise) Übernahme des Tarifergebnisses ist längst überfällig.

Einen Konsens mit der Landesregierung gab es hinsichtlich der großen Herausforderungen durch die Flüchtlingsunterbringung, -betreuung und Integrationsmaßnahmen. Hier hat die SPD ihre Vorstellungen eingebracht und für den Haushalt 2016 wurden sogar gemeinsame Änderungsanträge eingebracht. Wichtig war für uns auch, dass durch die Erhöhung der

Landespauschale für die Kosten, die den Kommunen (Kreis) bei der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung entstehen, eine Kostendeckung sichergestellt ist.

### Kommunale Finanzen unzureichend

Intensiv habe ich mich als finanzpolitischer Sprecher mit der **Finanzsituation der hessischen Kommunen** befasst.

Aus unserer Sicht stellt die **Neuordnung des KFA keine ausreichende Antwort** auf den Finanzbedarf der hessischen Kommunen dar. Insbesondere werden die notwendigen kommunalen Investitionen nicht finanziert. Auch dies liegend an der unzureichenden Abgeltung der Pflichtaufgaben im KFA. Entgegen der Behauptungen der Landesregierung ist der neue KFA auch hinsichtlich seines Volumens deutlich schlechter. Nach unserer Berechnung beträgt die Differenz zur Regelung wie sie bis zum Jahr 2010 praktiziert wurde, mehr als 500 Millionen Euro zulasten der Kommunen.

Mit dem sogenannten Schutzschirm wollte die Landesregierung der bundesweit einzigartigen Defizit- und Schuldenentwicklung der hessischen Kommunen begegnen. Die Schattenseite der Schutzschirm wird aber unzureichend beleuchtet. Die Kommunen wurden nämlich durch die Landesregierung gezwungen, den Bürgerinnen und Bürger erheblich in die Tasche zu greifen und gleichzeitig Leistungen zu reduzieren.

So wurde der **Schutzschirm zum Schlagstock gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern**.

Das machen folgende Zahlen deutlich: Alleine die Kommunalsteuern und die Gebühren wurden seit 2012 im Vergleich zu 2015 um rund 750 Millionen Euro erhöht und gleichzeitig die Investition nochmals um fast 200 Millionen Euro gekürzt.

Dass es mit dem Schutzschirm nicht getan ist und der Schutzschirm ein Knirps ist, weiß die Landesregierung selbst. Anders sind ihre Überlegungen für einen Erlass des Innenministers zum **Abbau der Altdefizite** der hessischen Kommunen gar nicht erklärbar. Bundesweit haben die Kommunen in Hessen nämlich sehr, sehr hohe Kassenkredite, rund 6,5 Milliarden Euro.

Diese Kassenkredite sind sicherlich eine tickende Zeitbombe. Aber anstelle die Kommunen wiederum in eine neue Runde der Erhöhungen von Kommunalsteuern hineinzutreiben (800 Prozent für die Grundsteuer B werden vom Innenminister schon einmal als Orientierungssatz eingeplant !), sind **echte Landeshilfen zum Abbau der Kassenkredite nötig**.

Das neue „**Kommunale Investitionsprogramm II**“ (KIP II) für Schulbauinvestitionen ist kein Ersatz für eine solide und angemessene, bedarfsorientierte Finanzierung der hessischen Kommunen. Wiederum schmückt sich die Landesregierung darin mit fremden Federn. Der Hauptanteil (330 Mio. Euro) stammt vom Bund. An dieser Stelle Dank an Christine Lambrecht und die SPD-Bundestagsfraktion, die dieses Programm auch den Weg gebracht hat und sogar gerne mehr bereitstellen möchte, aber derzeit noch auf Widerstand bei der CDU trifft! 110 Mio. Euro müssen die Landkreise bei diesem Programm aufwenden. Das Land stellt dazu im Vergleich lächerliche 66 Mio. Euro bereit.

## Atompolitischer Sprecher

Seit vielen Jahren habe ich als atompolitischer Sprecher der Landtagsfraktion für die Stilllegung der Atomkraftwerke in Biblis gekämpft und mich für den massiven Ausbau Erneuerbarer Energien eingesetzt.

Nachdem die beiden AKWs stillgelegt wurden, geht es nun darum, dass die Blöcke schnellstmöglich – aber ohne Gefahren für Mensch und Umwelt – zurückgebaut werden. Bei der Abwicklung und dem **Rückbau der Anlagen sind noch etliche Fragen offen**, die bearbeitet werden müssen, auch wenn der Rückbaubescheid in den kommenden Tagen erteilt wird. Ich gehöre dem Beirat an, der den Rückbauprozess begleiten soll. Dort wird ein umfangreiches Themenprogramm behandelt. Allerdings leidet der Beirat an einem Geburtsfehler, weil das Land seine Verantwortung dafür an den Landkreis abgedrückt hat.

Die euphorische Behauptung der Landesregierung Biblis werde jetzt atomfrei, ist leider unzutreffend. Richtig ist, dass am Standort Biblis noch viele Jahrzehnte ein Zwischenlager bestehen wird. Darum ist es in unser aller Interesse, dass die Endlagersuche erfolgreich zum Abschluss gebracht wird (aber auch dies wird noch viele Jahre dauern).

## Sprecher Enquete-Kommision Hessische Verfassung

Zusammen mit der Landtagswahl im Herbst 2018 soll über eine Änderung der hessischen Verfassung abgestimmt werden. Konsens gibt es bisher darüber, dass die Todesstrafe aus der Verfassung gestrichen werden soll, das Ehrenamt verfassungsrechtlich abgesichert, die Hürden für ein Volksbegehren gesenkt und das passive Wahlalter reduziert werden soll.

Grundsätzlich ist für mich wichtig, dass der **historische Kern und Auftrag der hessischen Verfassung erhalten** werden muss. Wie in keiner anderen Landesverfassung werden nämlich die sozialen und freiheitlichen Grundrechte betont. Wir wollen aber auch moderne Verfassung, die den sozialen und liberalen Charakter zukunftsfähig macht. Zentraler Punkt für die SPD deshalb das **Recht auf kostenfreie Bildung**. Daher will die SPD in einer überarbeiteten Landesverfassung die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studienabschluss verankern. Wer sein Kind in die Kindertagesstätte oder die Kindertagespflege geben möchte, soll dies tun können, ohne dabei finanziell belastet zu werden. Wir wollen außerdem sicherstellen, dass auch auf lange Sicht keine Studiengebühren mehr eingeführt werden können. Deswegen soll nach unserer Auffassung die gebührenfreie Bildung in Hessen Verfassungsrang bekommen.

Mit der Einführung eines neuen Artikel 1a in die Hessische Verfassung will die SPD zudem die **tatsächliche Gleichberechtigung von Frau und Mann** gewährleisten.

Auch **Kinderrechte** sollen nach Ansicht der hessischen SPD Eingang in die Hessische Verfassung finden. Darüber hinaus will die SPD die **Inklusion** behinderter Menschen als Staatsziel in die Landesverfassung einfügen.

Die SPD setzt auf einen breiten Konsens, weil Verfassungsänderungen zentrale Festlegungen auf Dauer sind. Die Bedeutung solcher Änderungen wollen wir auch mit unserem Vorschlag dokumentieren, Verfassungsänderungen in Zukunft auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag zu stützen und nicht wie bisher auf eine einfache Mehrheit.

## Weitere Tätigkeiten für die Fraktion

Ich bin seitens der Fraktion in den **Landesschuldenausschuss** delegiert und Mitglied im **Vermögensbeirat**, der kontrolliert, ob die Rücklagen (immerhin über 1,5 Milliarden €) für künftige Pensionslasten effektiv und sicher angelegt werden.  
Zudem bin ich im Beirat der WI-Bank (dort erhalte ich eine jährliche Aufwandsvergütung von 1000 €), die das Fördergeschäft des Landes abwickelt.

## Parlamentarische Initiativen / Reden

Mit dem „**plenum aktuell**“ informiere ich per Mail regelmäßig über die Plenarwochen des Hessischen Landtages (weitere Interessenten bitte bei im Büro bei Beate Dechnig melden oder per Mail: [norbertschmitt-mdl@t-online.de](mailto:norbertschmitt-mdl@t-online.de)).

Insgesamt verzeichnet die Parlamentsdatenbank genau 100 **Parlamentarische Initiativen** in dieser Legislaturperiode von mir. Dies reicht von kleinen Anfragen, mündliche Fragen über dringliche Berichtsanträge bis hin zu Großen Anfragen. Die Themen reichen von den „Kommunale Haushaltssanierung“, über die „Stellensituation der Polizei im Kreis Bergstraße“, die „Personalsituation in den Finanzämtern“, der „Ergebnisse des runden Tisches Ried“, bis hin zu „Schadhaften Atommüllbehältern“ oder der „Chemikalienbelastung des Grundwassers im Hessischen Ried. Darüber hinaus habe ich etliche Anträge für die Fraktion erstellt – Schwerpunkte waren dabei die kommunalen Finanzen.

Das Rednerarchiv hat in dieser Legislaturperiode bisher 54 **Reden** von mir erfasst. Die Themen meiner Beiträge waren dabei: die Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik, die kommunale Finanzsituation sowie der Rückbau der AKWs in Biblis.

## Wahlkreis Bergstraße-West

**Bezüglich der Schnellbahn-Neubaustrecke** nehme ich regelmäßig an den bestehenden Arbeitsgruppen teil, die eingerichtet wurden, um den Bau, aber auch die Folgen für die Bestandsstrecken zu erörtern.

Dauerbrenner bleiben natürlich auch **Straßenbauprojekte** (für die Ortsumgehung Rosengarten liegt endlich ein Planfeststellungsbeschluss vor!) sowie die **Schulpolitik**, die sich örtlich niederschlägt.

Zudem sind der Zustand des Waldes im Ried und auch die Grundwassersituation immer wieder Gegenstand von Gesprächen und Initiativen.

Zudem gibt es in jeder Stadt / Gemeinde des Wahlkreises **spezifische Probleme**, die ich aufgreife und versuche zu lösen.

Das gilt selbstverständlich auch für **Bürgeranliegen**.

dem versuche ich mir mit "**Praxistagen**" Eindrücke in die Arbeitswelt in meinem Wahlkreis zu verschaffen.

Mit besten Grüßen

